

Österreich zwischen West und Ost

Autor(en): **Fischer, Alfred Joachim**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **28 (1949)**

Heft 3

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-336184>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Österreich zwischen West und Ost

Wer mehrere Monate in Wien gelebt hat, der empfindet eines sehr bewußt: Von West und Ost aus betrachtet, ist Österreich ein Brückenkopf. Machtpolitisch nur passiv interessant, hat es eine große strategische Bedeutung. Im Süden, Osten und Norden grenzen kommunistisch beherrschte Volkdemokratien an Österreich, die den größeren Teil des Landes einschließen. Von den Flugplätzen um Wien gelangt man in gleicher Zeitdauer nach London, Odessa und dem östlichen Mittelmeer. Die Eisenbahnlinie Warschau–Triest und Balkan–Westeuropa passieren Ostösterreich. Auch wirtschaftlich stoßen hier die Interessen der beiden Mächtegruppen aufeinander. So möchte die Sowjetunion Zistersdorfs Ölquellen weiterhin nur in ihre Einflußsphäre strömen lassen und dadurch wesentlich zur Planerfüllung der Ostblockländer beitragen. Die ERP-Staaten wiederum liebäugeln mit Österreichs nur geringfügig ausgenutzter Wasserkraft, deren Leistungsvermögen bis 1958 von 4,8 Milliarden Kilowattstunden auf 8 Milliarden Kilowattstunden jährlich gesteigert werden wird. Dieser zuzügliche billige Strom – und Millionen Dollar wurden bereits dafür zur Verfügung gestellt – soll zum Export nach der Ruhr, Süddeutschland, Nordfrankreich, Belgien und wahrscheinlich auch Teilen Italiens gelangen. Ein solcher Beitrag wäre wesentlich, um Westeuropa wieder auf eigene Beine zu stellen.

Ständiges Liebeswerben um die Österreicher hat also einen sehr realen Hintergrund, wenn das auch die Wiener, die sich selbst seit jeher als Lieblingskinder der Welt betrachten, nicht gerne hören. Wahrscheinlich aber fänden auch sie sehr schwer eine ideologische Erklärung dafür, warum gerade ihr Staat, auf die Kopfzahl der Bevölkerung berechnet, nach Griechenland größte ERP-Zuschüsse erhält.

«Wien ist nicht Berlin», heißt das Schlagwort der Österreicher. Allgemein begegnet man über die Tagespolitik hinaus einem in Europa sonst seltenen Optimismus. Ernstlich wird heute weder von West noch Ost an einen Gewaltakt oder auch nur Herbeiführung eines *fait accompli* in Österreich gedacht. Die Gefahr des *casus belli* läge zu nahe.

Der Österreicher hat nicht ununterbrochen das Gefühl, auf einem Pulverfaß zu sitzen. Damit sei keineswegs gesagt, daß man an diesem Schnittpunkt zwischen West und Ost seltener auf Konflikte stößt als anderswo. Eine selbst erlebte Episode ist vielleicht aufschlußreich. Ich interviewte den österreichi-

schen Bundespräsidenten und sozialdemokratischen Parteiveteran *Dr. Karl Renner* über Österreichs künftigen Weg in Europa. Auf eine meiner Fragen antwortete er unter anderem nach grundsätzlichem Bekenntnis zum UNO-Ideal:

«Sollte die verhängnisvolle Spaltung Europas so weit führen, daß eine westeuropäische Union gegenüber der Sowjetunion und ihren Gefolgsstaaten unvermeidlich erscheint, so wird natürlich auch für Österreich die Stunde der Entscheidung kommen. Daß unser Volk entsprechend seiner Vergangenheit und seiner Lebensart sich dem Westen zugehörig fühlt, läßt sich nicht leugnen . . .»

Diese Worte, teilweise aus dem UNO-Rahmen gerissen, dienten zu einer vierzehntägigen Kampagne. Sowjetamtliche und linksradikale Presse wetteiferten in Glossen, Kommentaren und Leitartikeln miteinander. Ja, es kam sogar zu einer parteioffiziösen Erklärung der Kommunistischen Partei Österreichs und zu zwei amtlichen Verlautbarungen des Präsidenten, die seinen Standpunkt wiederholten und erläuterten. Dr. Renners Bejahung des Westens und – im gleichen Interview – des Marshall-Planes, den er einen Schritt auf dem Wege zur Rettung Österreichs und Europas nannte, entsprechen der Ansicht einer gewaltigen Bevölkerungsmehrheit von schätzungsweise mindestens 90 Prozent.

Das ist gleichbedeutend mit einem Fiasko der Kommunistischen Partei und ihrer Propaganda. Rückblickend stellen wir fest, daß die Kommunistische Partei Österreichs viele Chancen versäumte. Nach den Februarereignissen des Jahres 1934, in denen durch eine schlechte revolutionäre Strategie kein gemeinsamer Abwehrkampf, ja nicht einmal ein Generalstreik zustande kam und die reaktionäre Staatsmaschine Stellung um Stellung unter fürchterlichen Arbeiteropfern erobern konnte, bedeutete dies ein zeitweiliges Ende der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Enttäuschung schuf drei Gruppen. Eine wandte sich von der Politik vollkommen ab, die zweite, mehr antisemitische, ging zu den illegalen Nazis über und die dritte zu den Kommunisten. Letztere sahen sich jedoch einer Mauer aus Dogmen und Vorurteilen gegenüber. Auch vertrug sich ihr österreichischer Marxismus nur schwer mit dem Moskauer der alten KP-Kämpfer. Nach kurzer Zeit schon kam es zur Trennung und somit zum Ende der einheitlichen Arbeitergruppe, die sich in der Legalität hätte fortsetzen können. Kommunisten und revolutionäre Sozialisten traten nunmehr in eine die antifaschistische Schlagkraft lähmende Konkurrenz. 1938, nach dem Anschluß, wurde die gesamte Abwehrfront schwer erschüttert. Nur einige kleine Gruppen blieben übrig, und erst Stalingrad und

El Alamein brachten einen gewissen Auftrieb. In dieser Gefahrenzeit arbeiteten illegale Kommunisten, revolutionäre Sozialisten und Gewerkschafter Hand in Hand. Gleich nach Kriegsende wurden die Parteien rekonstruiert. Damals, als die heute betont antisowjetische sozialistische «*Arbeiter-Zeitung*» noch Superlative über die Rote Armee schrieb, beobachtete man unter den Sozialisten ernsthafte Verschmelzungstendenzen. Die Kommunisten aber erwarteten vom erhöhten internationalen Prestige der Sowjetunion Vorteile für sich selbst und entscheidende Wahlerfolge. Wie in Deutschland zu dieser Zeit, waren sie auch hier Antifusionisten.

Österreichs Parlamentswahlen vom 25. November 1948 brachten den Kommunisten dann eine unerwartete und große Enttäuschung. Unter 3 217 354 abgegebenen gültigen Stimmen vereinigten sie auf ihre Liste nur 174 257. So zog die Kommunistische Partei Österreichs mit vier Vertretern in den neuen Nationalrat (Österreichische Volkspartei: 85, Sozialistische Partei: 76).

Im Frühjahr 1948 ergaben die ersten Nachkriegs-Betriebswahlen eine neue Überprüfungsmöglichkeit der öffentlichen Meinung, die diesmal auf Arbeiter und Angestellte beschränkt blieb, also hauptsächlich eine Kraftprobe zwischen beiden Arbeiterparteien war. Von den gewählten Betriebsräten und Vertrauensmännern gehören 62 Prozent der Sozialistischen Partei Österreichs, 6,8 Prozent der Kommunistischen Partei Österreichs und 3,6 Prozent der Österreichischen Volkspartei. Bei den übrigen 27,6 Prozent war die Parteizugehörigkeit unbekannt. Sie dürfte sich jedoch parallel mit den Gesamtergebnissen auf die drei Gruppen verteilen.

Wenn auch nirgends beherrschend, so hielten sich die Kommunisten relativ am stärksten in der Gruben- und Metallindustrie, den chemischen Werken und den Lebensmittelbetrieben.

Die österreichischen Gewerkschaften haben nach dem Niedergang und der Gleichschaltung während der christlichsozialen Diktatur und ihrem Ende unter dem Hitlerregime – die Deutsche Arbeitsfront war ja keine Interessengemeinschaft, sondern eine die Arbeiter kontrollierende Zwangsorganisation – einen zahlenmäßig noch nie dagewesenen Höchststand erreicht. Ihre Wiederzulassung wurde von den Russen durch ein Dekret ihres Kommandanten sofort nach der Eroberung Wiens genehmigt. Bis heute zählt der Gewerkschaftsbund an Arbeitern und Angestellten rund 1 300 000 Mitglieder. Im Verhältnis zur Bevölkerung steht er also an erster Stelle in der Welt und hat den langjährigen schwedischen Rekord gebrochen.

Am über- beziehungsweise interparteilichen Rahmen wird strikte festgehalten. Automatische kooperative Anschlüsse an die Sozialistische Partei wie in England oder Schweden sind hier vorläufig undenkbar. Alle führenden

repräsentativen Posten wurden auf Grund von Parteienvereinbarungen besetzt. So befinden sich im Präsidium zwei SPÖ-Leute, darunter der Präsident, und je ein ÖVP- und ein KPÖ-Mann. Mittlere und kleine Gewerkschaftsfunktionäre sind jedoch fast ausnahmslos Sozialisten. Praktisch bestimmt die Sozialistische Partei Österreichs den Gewerkschaftskurs.

Generell ist die Gewerkschaftslinie auf Vermeidung von Streiks – es gab nur zwei größere kommunistisch inszenierte – und auf Ausschöpfung der Verhandlungsmöglichkeiten eingestellt. Auch Lohnforderungen halten sich in mäßigen Grenzen. Die durchgesetzte sechsprozentige Erhöhung bietet keinen genügenden Ausgleich zum Preisauftrieb, der durch wiederholte Preis- und Lohnvereinbarungen doch immer nur kurzfristig zu stoppen ist. Sogenannte Ernährungszulagen betragen 34 Schillinge monatlich. Da aber gleichzeitig die Agrarprodukte teurer wurden, bedeuten sie zumindest keine Verbesserung.

Aus der engsten Verquickung zwischen Sozialistischer Partei und Gewerkschaften ergibt sich mindestens indirekt eine negative Einstellung zu Rußland auch letzterer. In der Sozialistischen Partei Österreichs sind Männer des rechten Flügels, wie Renner, Helmer und Schärf, tonangebend. Sie führten sehr weitgehende praktische Zusammenarbeit mit der Volkspartei herbei. Hingegen verliert die andere, linke Richtung ständig an Gewicht. Parteirebelln werden zumeist nicht sehr lange geduldet. So mußte Nationalrat Erwin Scharf seine Ablehnung der Koalitionspolitik und das Eintreten für striktere sozialistische Zielsetzung anfangs mit teilweisem Redeverbot, später mit dem Ausschluß bezahlen. Ohne besonderes Echo schrieb dieser ehemalige Führer der revolutionären Sozialisten sein *«J'accuse»* unter dem Titel: «Ich darf nicht schweigen.» (Erwin Scharf gibt ein «Wochenblatt für fortschrittliche Sozialisten in Österreich», den «Neuen Vorwärts», heraus. Red.)

Koalition bedeutet überall Kompromiß. Hier haben die Sozialisten auch den Nachteil, daß der Regierungspartner das prestigemäßige Plus der größeren Partei besitzt (Österreichische Volkspartei: rund 50 Prozent der Wahlstimmen, Sozialistische Partei Österreichs: rund 45 Prozent). In der Regierung befinden sich kaum radikalere Sozialisten, und der Pendel schlägt immer ein wenig nach rechts aus. Von kommunistischer Seite wird der Sozialistischen Partei Österreichs Verrat am sozialistischen Gedankengut vorgeworfen. Damit ist nicht nur ihre Zustimmung zum Marshall-Plan gemeint. Vielmehr soll sie auch einen revolutionären Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaftsordnung versäumt haben. Nach dem Zusammenbruch hatten die meisten Besitzer ihre Betriebe verlassen. Nur durch Initiative, Werktreue und Opferbereitschaft wurden sie weitergeführt und oft aus Trümmern neu errichtet. Vergesellschaftung wäre also damals kaum mehr als Anerkennung

und Legalisierung von Tatsachen gewesen. Von den Besetzungsmächten wurde dann Hand auf deutsches Eigentum gelegt. Den langsam und sehr oft aus politischer Flucht heimkehrenden österreichischen Privateigentümern aber gab man ihre Firmen, deren Fortbestand den Arbeitern zu verdanken war, auf Grund eines Gesetzes zurück. Der Betriebsräteeinfluß ist beschränkt und bei Neuanstellungen vollkommen wirkungslos.

Als Sieg für sich betrachtete die Sozialistische Partei Österreichs das am 26. Juli 1946 beschlossene Verstaatlichungsgesetz. Es umfaßte unter anderem Bergwerke, elektrische Energie, Erdölgewinnung, Kohle, Stahl und Bankwesen. Schärfste Opposition kam vom sowjetischen Element. 44 von den zur Sozialisierung vorgesehenen 71 Firmen lagen in Wien und in der russischen Zone. Darunter beanspruchte die Sowjetunion 29 als «deutsches Eigentum». Auch sonst erfolgte die Durchführung des Gesetzes mehr als schleppend. Bei Banken wurde sie in Angriff genommen, bei Kohle und neuerlich in der Feinstahlindustrie durchgeführt. Die konservative Österreichische Volkspartei und ihr Bundeskanzler Dr. Ing. Leopold Figl neigen natürlich weit eher einem neuen kapitalistischen als einem sozialistischen Zeitalter zu. In der Leitung der Betriebe und an den bisherigen Prinzipien hat sich kaum etwas verändert, und es wäre sehr verfrüht, von größerem Einfluß oder gar Mitbestimmungsrecht der Arbeiter zu sprechen.

Versuche der Linken, eine Bodenreform herbeizuführen, scheiterten vollkommen. Hierin sind die ÖVP-Widerstände unüberwindbar. Zu ihren politischen Führern gehört eine beträchtliche Zahl von Großgrundbesitzern. Falls überhaupt, so kann nur von einer Bodenreform im umgekehrten Sinne die Rede sein. Immer häufiger werden Kleinbauern dazu gezwungen, Land und Vieh an Gutsherren zu verkaufen, die auch bei Ablieferungen direkt oder indirekt bevorzugt werden. Verpachtungen erfolgen nach Feudalprinzipien. Ist der Boden einmal urbar gemacht oder stark aufgebessert, so löst der Großgrundbesitzer das Übereinkommen. Überall beobachtete ich, daß die kleinen Leute über unzureichendes Zugvieh verfügten und dadurch immer mehr Land einbüßen mußten, während der Viehbestand des Großgrundbesitzers sich ständig vermehrte. Treten hier keine grundlegenden Veränderungen ein, dann wird eines Tages selbst das Kolchosensystem an Schrecken verloren haben.

Siebzehn neue Sozialgesetze seit dem Wiedererstehen der Republik Österreich beweisen, daß sich die Sozialistische Partei Österreichs auf diesem Gebiet durchzusetzen verstand. Das Landarbeitergesetz wurde schon 1918 erwoogen und ist erst jetzt parlamentarisch beschlossen worden. 19,4 Prozent

des neuen Staatshaushaltes sind für Sozialausgaben ausgeworfen worden, und es gibt nicht weniger als eine Million Sozialrentner.

Die Österreichische Volkspartei ist am ehesten noch in der Sozialpolitik zu fortschrittlichen Zugeständnissen geneigt. Wohl einmalig ist der föderalistische Aufbau dieser Partei. Als Rahmenorganisation vereinigt sie drei Bünde (Wirtschafts-, Bauern, Arbeiter- und Angestelltenbund). Daneben bilden die Beamtenvertreter und die katholischen Studentenverbindungen Interessengruppen für sich. Praktisch besteht also diese eine Partei aus mindestens vier. So sucht man ununterbrochen nach neuen Synthesen.

Kirchlicher Einfluß ist in diesem Lande mit seinen verschwindend wenigen Atheisten sehr groß. Für den Wiederaufbau des Stephansdomes wurden 9 Millionen Schilling gestiftet, und selbst kommunistische Blätter brachten spaltenlange Reportagen über die Neueinweihung. Ob die Verdrängung des Klerus aus der praktischen Politik endgültig sein wird, läßt sich schwer voraussagen.

Wer das soziologische Bild der beiden Koalitionsparteien kennt, versteht, daß sich nur die Österreichische Volkspartei vor Zulassung einer vierten oder mehrerer neuer Parteien fürchtet. So ist ihre Propaganda auch am ungehemmtesten auf den Fang der über 500 000 ehemaligen Pgs abgestimmt, die bei den Wahlen von 1949 wieder ihre Stimmen abgeben dürfen. Die Sozialistische Partei Österreichs hat eine Versöhnungslinie, die dem auswärtigen Beobachter oft bereits zu weit geht; immerhin schließt diese Versöhnung den Faschismus nicht mit ein.

Heute läßt sich bereits voraussagen, daß diese vierte Partei einen starken nationalistischen und autoritären Charakter haben wird, wie ihn bestimmte Linzer Kreise trotz allem Lippenbekenntnis zur Demokratie in ihrem Wochenblatt «Freie Stimmen» propagieren.

Die Kommunisten und damit die sowjetische Besetzungsmacht stehen Neuzulassungen freundlich gegenüber. Von der Entstehung weiterer Parteien erhoffen sie eine Schwächung der Koalition. Mindestens Verdoppelung der Mandate ist das kommunistische Ziel. Nichts erhoffen die Kommunisten sehnlicher, als daß Rußland endgültig aufhören möge, den Kärntner Revisionismus der Jugoslawen zu unterstützen. In Österreich hat sie diese Moskauer Haltung vieler Sympathien beraubt. Ernst Fischer legte die sowjetische Kärntenpolitik so aus, daß er von «*Borba*», dem kommunistischen Zentralorgan Jugoslawiens, bewußter Lügen bezichtigt wurde. Dieser geistige Führer des österreichischen Kommunismus, der während des Krieges in der Moskauer Propaganda (nach Deutschland und Österreich) eine Position innehatte, die sich mit der kombinierten Sefton Delmers und Lindley Frasers in London

vergleichen läßt, verfolgt eine stark nationalistische Linie. Sein persönlicher Hintergrund ist ungewöhnlich. Sohn eines hohen Offiziers, Enkel eines Generals, Neffe eines kaiserlichen Ministerpräsidenten und Schwiegersohn eines adeligen Industriellen, treibt er nicht nur Politik, sondern betätigt sich auch literarisch und übersetzt unter anderem französische Lyrik. Dieser mitreißende Redner verließ die Sozialdemokratie und ging 1934 als Emigrant nach Prag. Neben ihm ist die Kommunistische Partei Österreichs arm an Persönlichkeiten. Ihr Parteichef Kopenik, von Haus aus Bergarbeiter, besitzt einige rhetorische Begabung. Es fehlt ihm jedoch an jenem zeithistorischen Format, über das Wilhelm Pieck, Herta Kuusinen und Georgi Dimitroff verfügen.

Sehr schwer tragen die Kommunisten daran, daß man sie mit jedem unpopulären sowjetischen Schritt belastet. Am laufenden Band müssen Fischer und seine drei Freunde im Parlament russische Österreichpolitik verteidigen. Wenn sie etwa das kürzliche Verlangen nach 500 Lokomotiven und 6000 Eisenbahnwaggons als neues sowjetisches Beutegut bejahten und wenn gleich hinterher Verkehrsstörungen eintraten, dann kann man sich die Wirkung gut vorstellen.

Plakate in allen Teilen Wiens versuchen ein Schlagwort fest einzuprägen: «Russenhetze führt zum neuen Krieg.» Wenn die Freunde der Sowjetunion eine solche Propaganda überhaupt nötig haben, so ist damit schon sehr viel verraten. Das sowjetisch-österreichische Nachkriegsverhältnis war nie ein gutes. Wien und Niederösterreich wurden erst nach schweren, verlustreichen Kämpfen erobert. Die Amerikaner empfing man schon mit Blumen, die Russen noch mit Kanonen.

Österreichs Unabhängigkeit wurde in der Moskauer Erklärung des Jahres 1943 garantiert. Von den Österreichern forderten die Russen aber einen aktiven Beitrag zu ihrer Befreiung. Statt dessen wurden der Roten Armee Straßenkämpfe geliefert. Freiheitshelden entpuppen sich allzuoft gerade als illegale Hörer des Londoner oder Moskauer Senders. Niemand beobachtet Prozesse gegen hohe Gestapobeame, in denen der Staatsanwalt ausgetauscht werden muß, weil er seine Rolle mit der des Verteidigers verwechselt, ängstlicher und aufmerksamer als das sowjetische Element. Es bringt auch der erfolgreichen österreichischen Taktik, so lange mit eigener Initiative zurückzuhalten, bis der goldene Dollarstreifen am Horizont aufgeht, keinerlei Verständnis entgegen.

Bei den Österreichern hinterließen russische Ausschreitungen der ersten Zeit eine Schockwirkung. Nachträglich wurden sie dann aufgebauscht, während man gelegentliche Exzesse anderer Besetzungsarmeen gern mit dem Mantel der Diskretion zudeckt. Praßt zufällig ein russisches Ortskommando,

so werden aus den Ziffern parlamentarische Anfragen und Leitartikel. Daß die Mehrzahl der Sowjettruppen eine einfache Lebenshaltung hat, darüber schweigt man sich aus. Heimgekehrte Kriegsgefangene berichten über miserable Verpflegung, fügen aber hinzu, es wäre dem russischen Wachpersonal nicht besser gegangen.

Ein sehr dunkler Punkt ist das Verschwinden einzelner Personen wie in allen russisch-besetzten Territorien, hohe Staatsbeamte, wie Marek, Kiridus und Dr. Ottielinger, die auf Dienstreisen verhaftet wurden, miteingeschlossen. Ob die Russen gute oder schlechte Gründe dafür haben, ist nicht festzustellen. Sowjetische Verlautbarungen sind entweder vollkommen lückenhaft oder unterbleiben überhaupt. Gelegentlichen «faksimilierten Geständnissen» folgen keine öffentlichen Prozesse. Solches Dschungelrecht muß hier noch mehr einsetzen als in Deutschland, da dort die Gestapopraxis seit 1933 herrschte und zur Gewohnheit geworden war, hier jedoch erst seit 1938.

Allgemein ist die Enttäuschung darüber, daß immer noch Tausende österreichischer Kriegsgefangener in der Sowjetunion zurückgehalten werden. Politisch hat man für den zweimaligen Zusammenbruch der Staatsvertragsverhandlungen, deren günstiger Ausgang für Österreich den Abzug der Besatzungsarmeen bedeuten würde, die Russen allein verantwortlich gemacht. Einem fairen Beurteiler bleibt festzustellen, daß die Schuld etwas einseitig gesucht wird. Für Rußland bietet seine Besetzung Österreichs zweifellos Vorteile, weil es dadurch Verbindungstruppen in Ungarn und Rumänien aufrechterhalten, also dort eine stärkere Kontrolle ausüben kann. Die Westmächte fanden aber den Gedanken, hier ihre Armeen abziehen zu müssen, durchaus nicht verlockend. Ihre Anwesenheit auf österreichischem Boden betrachteten sie als Rückendeckung für die antikommunistische italienische Regierung. Hinzu kam folgende einfache Rechnung: Ein «freies» Österreich würde sich 1000 bis 3000 Meilen von englischen und amerikanischen Armeen entfernt finden, während Wien durch unmittelbare Nähe die gut aufgerüsteten Streitkräfte dreier benachbarter Volksdemokratien geradezu einladen würde.

Zum Sowjethaß trägt auch die Frage der Besatzungskosten bei. Bisher mußte Österreich dafür insgesamt 4¾ Milliarden Schillinge bezahlen. Man hat ausgerechnet, daß sich für die gleiche Summe 65 000 Wohnungen erbauen ließen, was dieses dringlichste Problem einer Lösung nähergebracht hätte. England hat die ihm zustehenden Besatzungskosten für das Jahr 1948 nicht abgehoben. Amerika verzichtete endgültig bereits seit dem 1. Juli 1947 darauf und zahlte einen Teil der früher angenommenen Summen zurück. Zwischen dem 1. Juli 1947 und dem 31. Dezember 1948 gab die amerikanische Besatzungsmacht 17,6 Millionen Dollar aus, die sie der Österreichischen Natio-

nalbank zum offiziellen Kurs von 10 Schilling pro Dollar zur Verfügung stellte. Die Russen erhielten 51,4 Prozent des gesamten Betrages, der nach dem Einkommen des Alliierten Rates den vier Besetzungsmächten zur Verfügung steht.

Ein sehr bitteres Kapitel ist die Frage des deutschen Eigentums. Insgesamt fallen in allen vier Zonen 2600 Objekte darunter (einschließlich Teilansprüchen). Um zu erfassen, was für die österreichische Volkswirtschaft auf dem Spiel steht, seien nach Angaben, die mir Bundeskanzler Dr. Figl machte, die wesentlichen Komplexe erwähnt: 100 Prozent der Öl- und Maschinenölproduktion, des im Lande hergestellten Kunstteers, der Kunstseide, der Dampf- und Wasserturbinen, Lokomotiven, elektrischen Birnen, 77 Prozent der Akkumulatorenfabrikation, Atelier Rosenhügel, dessen Aufnahmekapazität für 50 Prozent der Filmherstellung ausreicht, usw.

Von allen Seiten ist demontiert worden; später bewiesen jedoch die Westmächte eine etwas entgegenkommendere Haltung, und Amerika übergab der österreichischen Regierung einen großen Teil des beschlagnahmten deutschen Eigentums zur treuhänderischen Verwaltung.

Über den Begriff «deutsches Eigentum» sind sehr differenzierte Auslegungen möglich. Der Westen möchte alle Objekte ausgeschlossen sehen, die nach dem Anschluß durch Zwang oder Druck in die Hände des Dritten Reiches gelangten. Demnach wären nur die von diesem Termin an gemachten Investitionen reif zur Beschlagnahme beziehungsweise Auslösung.

Nach heftigen Disputen beschlagnahmten die Russen jedoch, was ihrer viel weitergehenden Auffassung nach deutsches Eigentum ist, und erklärten sich bereit, bei Teilobjekten später die österreichischen Anteile zurückzuerstatten. Durch diese Maßnahmen entstand ein Staat im Staate. Die sowjetischen USIA-Betriebe sind österreichischer Kontrolle nicht unterworfen. Sie treiben ihren eigenen Import und Export und sind beispielsweise als Lieferanten normalerweise schwer erhältlicher Seife, bulgarischer Zigaretten sowie verschiedenster Luxusmittel mitherrschend auf dem österreichischen Schwarz- und Grauen Markt.

Heikelste Objekte sind die Donauschiffahrt und die Zistersdorfer Ölquellen. Wie sich aus früheren Verhandlungen ergab, wären die Russen bei ersterer immer noch eher zu Kompromissen bereit als bei letzteren. Ob es in der Öl- und Naphthafrage gelingen wird, ein Übereinkommen zu treffen, das den weitgehenden russischen Zeit- und Ausbeutungswünschen entgegenkommt, ohne Österreichs wirtschaftliche Möglichkeiten abzudrosseln, davon hängen im wesentlichen die Chancen neuer Staatsvertragsverhandlungen ab.

Von russischer und kommunistischer Seite wird immer wieder geltend

gemacht, daß Österreichs natürliche Märkte im Osten und Südosten liegen. Tatsächlich betrug 1937 der Außenhandel mit den Ländern des heutigen Ostblocks etwa 36,5 Prozent des gesamten Außenhandelsvolumens, mit den Marshall-Block-Staaten (einschließlich Griechenland und Türkei) rund 30 Prozent. Heute sind die analogen Ziffern im ersteren Falle auf 23 Prozent gesunken (25 Prozent Einfuhr, 20 Prozent Ausfuhr), im letzteren auf 54 Prozent gestiegen (46 Prozent Einfuhr und 65 Prozent Ausfuhr). In diese Ziffern ist die Bizone noch nicht eingeschlossen, mit der nunmehr die Wirtschaftsbeziehungen enger gestaltet und vertraglich fundiert wurden. Es steht außer Frage, daß sich Österreich ohne Rücksicht auf ideologische Bindungen um Intensivierung des Handels nach beiden Seiten hin bemüht.

Trotz vielem österreichischem Nörgeln ist das Verhältnis mit den Weststaaten ein sehr gutes. Frankreich genießt hier eine Popularität, die ihm in seiner deutschen Zone nicht zuteil wird. Reger kultureller Austausch hat zu größerem Verständnis für französisches Geistesleben geführt als wohl je zuvor. Großbritannien bewies durch Kredite und viele freundliche Gesten seinen guten Willen.

Um leben zu können, ist Österreich auf die Hilfe des Westens angewiesen. Beispielsweise deckt es nur 44 Prozent der Lebensmittel aus eigener Produktion – einschließlich Grauer und Schwarzer Markt dürfte diese Ziffer höher liegen –, während die restlichen offiziellen 56 Prozent aus dem Auslande, und zwar fast ausschließlich aus den Vereinigten Staaten kommen.

1947 gelangten – die sehr beträchtlichen Lieferungen privater Organisationen miteingerechnet – 200 Millionen Dollar nach Österreich, die sich unter anderem aus Kongreßhilfe, UNRRA-Lieferungen, britischen Krediten, Überlassung britischer und amerikanischer Überschußgüter und dem Surplus-Kredit zusammensetzten. Vor Inkrafttreten des Europaplanes gewährten die Vereinigten Staaten 1948 eine Interimshilfe von 57 Millionen Dollar. Von Anfang April bis Ende September 1948 erhielt Österreich Waren im Werte von 83 Millionen Dollar.

Kommunistische Unterstellungen, denen zufolge die Marshall-Hilfe mit wirtschaftspolitischen Bedingungen, wie Abdrosselung bestimmter Produktionszweige, verbunden sei, versuchte ich in zwei Fällen zu überprüfen. Beide Male erwiesen sie sich als nicht stichhaltig. Diese Propaganda verliert noch mehr an Gewicht, seit Titos Behauptung, Rußland beute seine Vasallenstaaten wirtschaftlich aus, sogar eine verklausulierte bulgarische Bestätigung fand.

Wie die österreichische Regierung in ihrem Bericht über die Marshall-Hilfe feststellt, wäre ohne sie ein so erstaunlicher Aufschwung der Industrie

und Wirtschaft unmöglich gewesen, von Ernährungsverhältnissen, die zu politischer Unrast geführt hätten, ganz zu schweigen.

Seit der erfolgreichen Währungsreform (Dezember 1947) ist die Industriekapazität rapid angestiegen. Sie entspricht heute über 90 Prozent des Jahres 1937. Man hofft aber, in kurzer Zeit den Vorkriegsstand sogar zu übertreffen. Auf einigen Gebieten ist das bereits der Fall; beispielsweise wird neunmal mehr Kupfererz gefördert als 1937 und fünfmal mehr Aluminium.

Die österreichischen Geschäftsauslagen, die vor einigen Monaten einen noch ziemlich kargen Eindruck machten, wirken heute beinahe vorkriegsmäßig. Mit Kalorienzahlen zu operieren, ist müßig. Sie sind beträchtlich angestiegen. Weit wichtiger aber erscheint den Österreichern, daß auch nicht-rationierte Waren frei feilgeboten werden, und daß die Schwarzmarktpreise grau und die Graumarktpreise weiß wurden.

Es würde ein falsches Bild ergeben, wenn man annähme, daß die zur Schau gestellten Waren vor allem der etwas höheren Preiskategorie auch für die Massen erschwinglich seien. Die Theaterkrisen sprechen ebenfalls nicht von übermäßigem Wohlstand. Vergleicht man jedoch den Durchschnitt der Jahre 1945 bis 1947 und die Lebensmöglichkeiten seit Januar 1948, so ist nur der an sich banale Vergleich zwischen Nacht und Tag zutreffend.

Auch in der Stimmung findet diese Besserung ihren Ausdruck. Nach trüben Jahren wird heute in Österreich, wo das Geld wieder Kaufwert besitzt, viel gearbeitet. Man glaubt an die Stabilität des Aufschwungs, schreibt ihn dem Westen zu und fühlt sich dadurch noch bewußter als Teil des Westens. Rußland hat in Österreich eine Schlacht verloren; ob mehr als eine Schlacht, darüber kann nur die Zukunft entscheiden.